



# Bundestags- brief

Nr.222 •Die Woche im Bundestag• 16.03.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Angela Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt – Koalition nimmt Arbeit auf

Mit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin ist die vierte unionsgeführte Bundesregierung in Folge gebildet worden.

Zu Beginn der Woche haben die Spitzen von CDU, CSU, SPD und der Koalitionsfraktionen den Koalitionsvertrag unterzeichnet und damit die politische Grundlage für die Koalition bis 2021 gelegt.

Am Mittwoch wurden Angela Merkel und die Ministerinnen und Minister der neuen Bundesregierung entsprechend der Vorgaben des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag gewählt und vereidigt.

Ich freue mich, dass Angela Merkel mich erneut zur Staatsministerin für Kultur und Medien berufen hat. Für dieses Vertrauen bin ich dankbar und möchte auch in den kommenden vier Jahren dazu beitragen, dass Kunst, Kultur und Medien in Deutschland weiter ihre verdiente Anerkennung finden.

In den vergangenen vier Jahren ist schon viel gelungen, doch es warten neue große Herausforderungen in der Kulturpolitik. Dazu gehören neben der Eröffnung des Humboldt Forums natürlich die weiteren Planungen für ein Museum der Moderne am Kulturforum, aber auch die Stabilisierung der Künstlersozialkasse und die Förderung von Kunst und Kultur jenseits der Metropolregionen.

Diesen - wie vielen weiteren - Themen gilt mein Engagement, und ich setze mich dafür ein, dass wir so herausragende und bedeutende Kulturinstitutionen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz für das 21. Jahrhundert fit machen.

Zur Regierungsbildung möchte ich abschließend festhalten: Selbst wenn der Weg hin zur Bildung dieser Regierung alles andere als einfach war - am Ende steht eine neue Bundesregierung, die über ein verlässliches Fundament verfügt.

Der Koalitionsvertrag ist eine stabile Arbeitsgrundlage und die Bundesregierung wird nun ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen.

Es warten eine Reihe wichtiger Vorhaben auf ihre Umsetzung und CDU und CSU werden darauf achten, dass wir bei den entscheidenden Fragen bis 2021 zügig vorankommen. Die Schwerpunkte der Union liegen bei der Digitalisierung, beim Ausbau des schnellen Internets, der Beschleunigung bei Planung und Bau von Straße und Schiene, bei der Stärkung der Schulen durch den Bund sowie bei der Entlastung unserer Familien.

Damit machen wir Deutschland stark für die Zukunft. Zugleich begegnen wir mit einer konsequenten Migrationspolitik, null Toleranz gegenüber Kriminalität und einer angemessenen Renten- und Pflegepolitik den Sorgen der Menschen. Wir werden alles daran setzen, in dieser Großen Koalition ein klares Unionsprofil zu zeigen.

Die Menschen in Deutschland können sich auf CDU und CSU verlassen. Mit einer guten Mischung aus neuen Gesichtern und viel Erfahrung zeigen wir in der Bundesregierung, dass wir auch das richtige Personal dafür haben.

Unser Motto lautet: Dynamik für unser Land, Zusammenhalt und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

## **Handelskonflikt mit den USA vermeiden**

US-Präsident Trump hat bereits für Ende März Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiemeinfuhren angekündigt. Nun droht er auch mit höheren Zöllen auf Autoimporte aus Europa, um insbesondere deutsche Hersteller zu treffen. Nur Kanada und Mexiko sollen bis auf weiteres von Strafzöllen ausgenommen bleiben, weitere in Aussicht gestellte Ausnahmen sind unklar.

Ziel der zuständigen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ist es, dass die Europäische Union als enger Verbündeter der USA ebenfalls ausgenommen wird. Gemeinsam mit den USA und Japan will sie ein Maßnahmenpaket entwickeln, um auf dem Weltmarkt für Stahl vor allem Überkapazitäten aus China zu begegnen. Das ist der richtige Ansatz.

Um die zerstörerischen Wirkungen von Handelsschranken zu verdeutlichen, ist es ebenso richtig, dass die EU-Kommission ein WTO-Verfahren einleiten möchte und gleichzeitig eine Liste mit US-Produkten erstellt hat, für die Gegenzölle eingeführt werden könnten. Unser Ziel muss es sein, eine Spirale des Protektionismus zu vermeiden. Freier Handel mehrt Wohlstand, Protektionismus schadet ihm.

## **Deutschlands Beitrag für Frieden und Sicherheit – weltweit**

In Tagen, in denen wir über die Ausstattung der Bundeswehr sprechen, beraten und beschließen wir die Fortsetzung von Auslandsmandaten unserer Armee an den Brennpunkten dieser Welt.

In Afghanistan stehen unsere Soldaten schon seit langer Zeit in einem schwierigen Umfeld, der neue Lagebericht unterstreicht dies. Wir stehen aber zu unserem Einsatz für Ordnung und Perspektive in Afghanistan – so wie in Mali, im Irak oder im Südsudan.

Gleiches gilt für den Auslandseinsatz zur Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Iraks. Mit unserer Entscheidung senden wir mutige Männer und Frauen in gefährliche Einsätze.

Wir stehen dabei an der Seite unserer Partner und Freunde in Europa und in der NATO.

Selbst wenn unser Land seit langer Zeit in seiner Geschichte nur von Freunden umgeben ist, erkennen wir mehr und mehr, dass wir uns darauf nicht zurückziehen können.

Wir müssen uns darauf einstellen, in Europa und in der Welt stärker Verantwortung zu übernehmen, denn die USA werden sich voraussichtlich mehr und mehr zurückziehen.

Wir stehen dafür ein, die Bundeswehr so auszustatten, dass sie neben der Stabilisierung in der Welt auch glaubhaft für die Verteidigung unseres Landes im NATO-Bündnis sorgen kann.

Nachdem der Haushalt seit Jahren von der sogenannten Friedensdividende profitiert hat, werden wir nun wieder mehr für die Ausrüstung der Bundeswehr tun müssen – für unsere Sicherheit und ein starkes transatlantisches Bündnis.

## **Mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit**

Im Jahr 2016 bestritten nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts 72 Prozent der Frauen im Alter von 25 und 55 Jahren ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit.

Dieser Anteil lag vor zehn Jahren mit 64 Prozent noch deutlich niedriger, wie aus der Statistik anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hervorgeht. Auch regionale Unterschiede sind weiterhin erkennbar: Während der Anteil im Osten bei 77 Prozent lag, finanzierten sich im Westen lediglich 70 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene Erwerbstätigkeit.

Der Anteil aller Frauen zwischen 25 und 55 Jahren, die den überwiegenden Lebensunterhalt aus Einkünften des Partners oder von anderen Familienangehörigen bestreiten, sank gegenüber dem Jahr 2006 bundesweit von 23 auf 16 Prozent im Jahr 2016.

*Quelle: Statistisches Bundesamt*